Nr. 191 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 17. Juli 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17169. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Petitzeile kostet 75 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.—. Für Stellen- oder Kunstlos 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumschlägen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsmarkt, amtliche Bekanntmachungen 50 % Sonderrabatt. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.20, vierteljährlich M. 6.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55
Postbezug im Ausland u. Zustellung in den Nachbarländern wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande M. 1.50.
Einzelnummer wochentags 10 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Unabhängige Tageszeitung - mit Handels- und Industrie-Zeitung

Der Landarbeiterstreik

Der Plan, jetzt kurz vor der Ernte einen Streik der Landarbeiter zu beginnen, bedeutet bei der Lage unsrer Ernährung eine überaus große Gefahr. Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln ist die erste Grundbedingung dafür, daß unsre Produktion wieder gesteigert werden kann. Wenn wir den Friedensvertrag erfüllen sollen — und kein Einsichtiger hat diese Notwendigkeit ableugnen können —, so ist das nur möglich, wenn wir durch Steigerung der Arbeit und Erhöhung der Leistungen wieder Güter erzeugen, die uns die Mittel zur Bezahlung der riesigen Kosten liefern. Es ist darüber so oft geschrieben und gesprochen worden, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Während wir aber Lebensmittel aus dem Ausland einführen, die nur um ein Vielfaches des normalen Preises zu haben sind, werden uns die zur Verfügung stehenden knapp bemessenen inländischen Lebensmittel durch die jetzt ausbrechenden Streiks der Landarbeiter teils noch verteuert, teils überhaupt entzogen. Das bedeutet eine ungeheure Vermehrung unsres finanziellen Elends und ein weiteres Hemmnis auf dem Wege, zu einer Gesundung unsrer wirtschaftlichen und politischen Lage zu kommen. Nichts ist also dringlicher, als daß derartige Ausstände vermieden werden. In Vorpommern haben deshalb in den letzten Tagen zwischen dem Landbund und dem Landarbeiterverband Tarifverhandlungen stattgefunden, die zwar abgebrochen, aber in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden sollten. Die vom Landarbeiterverband geforderte Lohnerhöhung war bereits bewilligt worden und wurde seit dem 1. Juli bezahlt. Trotzdem sind auf etwa 20 bis 30 Gütern des Kreises Franzburg Streiks ausgebrochen. Mehrfach ist es auch vorgekommen, daß von den Streikenden Terror verübt und die Arbeitswilligen bedroht wurden. Auch auf Rügen, wo bereits seit längerer Zeit ein Tarifvertrag in Gültigkeit ist, der aber erst im Herbst gekündigt werden soll, sind die Arbeiter unruhig. Im übrigen hat sich schon seit mehreren Monaten auf Rügen ein steigender Einfluß der Unabhängigen gezeigt. Die Bewegung scheint sich aber vorläufig auf Vorpommern zu beschränken.

Wie wir schon gestern mitteilten, hat der Kommandierende General des 2. Armeekorps den über Stettin verhängten Belagerungszustand auch auf Stralsund und Umgebung ausgedehnt, um dem Landarbeiterstreik entgegenzutreten. Die Arbeiterschaft ist über diese Verordnung stark erregt und die Vertrauensmänner der Stettiner Gewerkschaften haben gestern abend nach langen Verhandlungen angeblich gegen wenige Stimmen beschlossen, in den Generalstreik zu treten, um den Kommandierenden General zu zwingen, nicht nur den Belagerungszustand aufzuheben, sondern auch das Streikverbot für landwirtschaftliche Arbeiter zu beseitigen. Ferner verlangen sie die Abberufung des Generals v. Oven und die Anerkennung der Arbeiterräte, ohne deren Zustimmung keine militärischen Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung getroffen werden sollen.

Der Generalstreik in Stettin

hat bereits begonnen. Es ist, wie aus Stettin gemeldet wird, möglich, daß der Generalstreik, wenn er auf lebenswichtige Betriebe ausgedehnt werden sollte, zu einem Gegenstreik der Bürger führt. Ueber den Streik liegen bisher folgende Meldungen vor:

+ Stettin, 16. Juli. (Priv.-Tel.) Dem Beschluß, heute morgen 8 Uhr in den Ausstand zu treten, schlossen sich sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Radikalen an. Zurzeit läßt sich jedoch noch nicht übersehen, welchen Umfang der Streik annehmen wird. Die Setzer in den Zeitungen erklären, sich dem Beschluß nicht fügen zu wollen, wenn sie nicht durch Gewalt dazu gezwungen werden. Der Betrieb der Straßenbahn ruht jedoch bereits. Eben legt auch der Betrieb der Gaswerke aus. Auch in der Ueberlandzentrale in Züllzow ist die Arbeit bereits niedergelegt. Ob die Zeitungen allerdings erscheinen können, ist noch fraglich, denn wenn der Strom versagt, ist der Druck unmöglich. In Stralsund ist bereits gestern der Generalstreik proklamiert worden. Dort liegen auch die lebenswichtigen Betriebe, die Gaswerke usw., still. Zur Landarbeiterbewegung liegen bisher noch keine weiteren Nachrichten vor, doch wird allgemein behauptet, daß der Streik in der Hauptsache von Elementen unter die Landarbeiter getragen wird, die erst seit kurzem in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Der größte Teil der Landarbeiter verhält sich vollkommen ruhig. Auf dem Lande werden Flugblätter vom Spartakus-Bund verteilt, in denen sich dieser an die Bauern wendet.

● Berlin, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die angeordneten militärischen Sicherungsmaßnahmen zum Schutze der Erntearbeiten beschränken sich bis jetzt lediglich auf die Bereitstellung von Militär zum Schutze der Ernte vor Sabotage und Brandstiftung. Im Kreise Gumbinnen wurde unter den Landarbeitern eine große Anzahl russischer Bolschewisten ermittelt und festgenommen, so daß der politische Charakter der ganzen Bewegung erwiesen scheint. Auch aus dem Mecklenburger Land werden größere Streiks von Erntearbeitern gemeldet. Wie aus Königsberg gemeldet wird, fordern die Erntearbeiter im Kreise Allenstein und im Kreise Tilsit einen Tagelohn von 25 Mark bei freier Station. Bei Bewilligung dieser Forderung würde eine Erhöhung des Grundpreises um etwa das Zehnfache des bisherigen Preises eintreten.

Auch in Anklam ist es zum Generalstreik gekommen. Zuerst traten die Arbeiter des landwirtschaftlichen Einkaufsvereins in den Ausstand. Sie begaben sich in geschlossenem Zuge nach den andern Betrieben und zwangen die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe stillgelegt. In Köslin sind die Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Der Abg. Mittelmann hat jetzt in der Nationalversammlung die Anfrage eingebracht, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um den drohenden Erntestreik zu vereiteln und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unsres Volkes sicherzustellen. Es bedarf wohl keiner weiteren Begründung, daß schnell etwas geschehen muß.

Ebert und Noske in Hamburg

k. Hamburg, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske statteten gestern Hamburg einen Besuch ab. Sie besichtigten in Bahrenfeld die dort aufgestellten bayrischen und sächsischen Truppen und waren nachmittags Gäste des Hamburger Senates. In den Abendstunden erfolgte die Rückfahrt nach Berlin im Auto.

+ Hamburg, 16. Juli. (Priv.-Tel.) Bei der Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert und des Reichswehrministers Noske am Montag nachmittag in Hamburg, die streng geheim gehalten worden war, handelte es sich hauptsächlich um Besprechungen über die zukünftige Regelung der Einwohnerwehr bzw. Volkswehr in Hamburg und um die dauernde Sicherstellung des Hamburger Freihafens und der Lebensmittelschiffe. In Begleitung von Ebert und Noske befand sich auch der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Braun. Die Besprechungen hatten ein vollkommen befriedigendes Ergebnis, das einen besseren Schutz gewährleistet als die bisherigen Einrichtungen.

●

Beschlagnahme kommunistischer Flugblätter

* Hamburg, 16. Juli. In den gestrigen Abendstunden wurde das Sekretariat der Kommunistischen Partei Deutschlands in Hamburg einer Untersuchung durch die Truppen des Korps Lettow-Vorbeck unterzogen. Man fand dort, wie erwartet, eine Menge hetzerischer Flugblätter.

Der von den Kommunisten und Unabhängigen veranstaltete eintägige Proteststreik nahm nicht den erwarteten Umfang an, weil es viele Metallarbeiter vorgezogen hatten, dem Rat der sozialistischen Parteileitungen von Hamburg und Umgebung zu folgen und die Arbeit nicht niederzulegen. Der Verkehr war normal trotz lebhafter Organisation unter den Verkehrsarbeitern. Auch im Hafen war wenig vom Streik zu bemerken. Bei der Vulkan-Werft streikten mit Ausnahme der Meister und Untermeister sämtliche Arbeiter, bei Blohm u. Voß folgten von 6800 Arbeitern nur etwa 2100 der Streikparole.

●

Kommunistische Streikhetze in Görlitz

* Berlin, 16. Juli. In Görlitz konnte während der letzten Wochen eine Fleischverteilung nicht stattfinden, die Fleischsendungen waren ausgeblieben. Diese Umstände benützten, wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" hören, Agitatoren, die zum Teil von auswärts zugereistem, um in Görlitz unter der Arbeiterschaft, besonders unter der von der Lüderschen Waggonfabrik, zum Streik aufzuhetzen. Wie es scheint, beabsichtigen diese Agitatoren, einen Putsch für Donnerstag zum Ausbruch zu bringen. Es ist indes anzunehmen, daß der besonnene Teil der Arbeiterschaft sich einem solchen Vorhaben entgegenstellt, um so mehr, als mit Sicherheit zu erwarten ist, daß am nächsten Sonnabend wieder Fleisch in Görlitz zur Verteilung kommen wird.

Streikplan der Wiener Kommunisten

T. Wien, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie die Wiener Blätter berichten, wollen die Kommunisten am 21. Juli einen neuen Versuch unternehmen, einen Generalstreik im Zusammenhang mit Kundgebungen der Arbeiter, die für den 20. Juli geplant sind, auszurufen.

Die militärische Lage in Rußland

● Stockholm, 16. Juli. Von gutunterrichteter russischer Seite wird gemeldet: Nachdem die 3. bolschewistische Armee am vorigen Montag Perm und Kungur erobert hat und somit im Rücken der vor Wjatka operierenden Truppen erschienen ist, hat sie am Donnerstag Ossa und Ochansk und somit den Kama-Fluß erreicht. Allem Anschein nach versuchen die Bolschewisten, den rechten Flügel Koltschaks, der sich bis Wjatka vorwandte, zu umfassen und abzuschneiden. Im Entente-Hauptquartier in Archangelsk ist der von Koltschak entsandte Oberst Nasimow angelangt, der Koltschaks militärische Lage als überaus gefährdet schilderte und um Entsendung von Entente-Truppen in Richtung Wjatka bat, um Koltschaks in Gefahr geratenen rechten Flügel zu entlasten. Diesem Ansuchen konnte jedoch nicht entsprochen werden, da das Gros der britischen Truppen an der Archangelsk-Front sich bereits auf dem Rückweg nach England befindet und die britischen Freiwilligen, die in Stärke von etwa 10 000 Mann bisher an der Archangelsk-Front angelangt sind, teils noch gänzlich unausgebildet sind, teils aber auch als politisch so unzuverlässig gelten, daß der Archangelsker Entente-Stab große Bedenken hegt, sie unvermischt den gegen Koltschak heranziehenden bolschewistischen Truppen entgegenzusenden. Man nimmt an, daß Koltschak nichts andres übrigbleiben dürfte, als sich wieder rückwärts gegen Perm zu wenden und zu versuchen, vor allem diesen Knotenpunkt den bolschewistischen Truppen wieder zu entreißen. Jedenfalls ist für Wochen hinaus an ein Vordringen Koltschaks nach dem Westen nicht mehr zu denken.

Von der ungarischen Gegenregierung

Der Ministerpräsident der ungarischen gegenrevolutionären Regierung in Szegedin Karolyi ist, wie das Wolff-Bureau meldet, zurückgetreten. An seine Stelle wird Desider Abraham treten.

Die französischen Sozialisten

Der Nationalrat der sozialistischen Partei beendete gestern abend die Aussprache über den Friedensvertrag. Albert Thomas bedauerte, daß Deutschland nicht sofort in den Völkerbund aufgenommen worden sei. Alsdann wurde eine Tagesordnung Renoult angenommen; sie besagt: Die von den Alliierten begangenen Anschläge auf die Selbständigkeit bedeutender Völkerrassen müßten an den Pranger gestellt werden. Es sei zu bedauern, daß infolge dieser Verbrechen Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgekehrt sei. Wie im Jahre 1871 Liebknecht und Bebel gegen die Annexion Elsaß-Lothringens Einspruch erhoben, so müsse heute die sozialistische Partei gegen das Schicksal, das der Bevölkerung des Saargebietes bereitet werde, Einspruch erheben und über das gesamte Friedensinstrument die schärfste Verurteilung aussprechen. Die französische Republik hätte der deutschen Republik einen ehrenvollen und gerechten Frieden geschuldet, sie hätte ihn nicht angeben. Aus allen diesen Gründen erteile die sozialistische Partei ihren Erwählten den formellen Auftrag, gegen die Ratifikation zu stimmen.

Der Vertrag müsse nicht eine Teilrevision, sondern eine vollständige Umgestaltung erfahren. Allein die sozialistische Partei könne den Völkerfrieden herstellen und sei deshalb einig mit den russischen und ungarischen Revolutionären, deren Sieg über die Horden der Entente man begrüße. Einig mit der durch ihre Aktion verstärkten Internationale, werde die Partei den revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft aufnehmen. Diese Tagesordnung wurde mit 900 Stimmen angenommen. Albert Thomas erklärte, daß er sich das Recht vorbehalte, für den Vertrag zu stimmen, wenn er es im Augenblicke der Abstimmung für sozialistische und nationale Pflicht halte. Nach einer Pause begann eine Nachtsitzung. Bei ihrem Beginn erklärte sich der Nationalrat solidarisch mit den Gewerkschaften, die einen Demonstrationsstreik für den 21. Juli organisierten.

Hinsichtlich der Maßregelung der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, wurde beschlossen, die Stellungnahme dazu den einzelnen Verbänden zu überlassen. Der Nationalrat sprach sich noch für eine Amnestie und Aufhebung des Belagerungszustandes aus. Sembat bespricht in der „Heure" den Beschluß des Nationalrates, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, und sagt, daß innerhalb von Jahren dieser falsche provisorische Frieden seine natürlichen und mörderischen Früchte tragen müsse. — „Populaire" verlangt, daß anläßlich der Beratung über den Friedensvertrag in der Kammer die französische auswärtige Politik der letzten 25 Jahre restlos bloßgelegt werde und daß Auskunft darüber verlangt werde, welche Versprechungen die französischen Regierenden Alexander III. und Nikolaus II. gemacht hätten.

●

Französische Parteidisziplin

+ Rotterdam, 16. Juli. (Priv.-Tel.) Der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei, der sich gegen die Ratifikation des Friedensvertrages ausgesprochen, hat mit 900 gegen 437 Stimmen beschlossen, die sozialistischen Abgeordneten, die für die Ratifikation stimmen, aus der Partei auszustoßen.

●

Die Folgen der Entschließung

● Genf, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet: Infolge des Beschlusses des Nationalrates der Sozialistischen Partei Frankreichs, gegen den Friedensvertrag mit Deutschland zu stimmen, ist die schnelle parlamentarische Durchführung der Ratifikation ernstlich gefährdet. Treten die Deputierten sozialistischer Richtung dem Beschluß des Nationalrates bei, so ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ratifikation nur durchzubringen ist, wenn die Regierung sich zu nachträglichen Konzessionen bereit findet. Die parlamentarische Lage ist über Nacht hochkritisch geworden.

●

Die Entente läßt sich Zeit

● Genf, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Eine Havas-Depesche vom Dienstag meldet: Die Alliierten haben die Frist zur Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland in den Parlamenten der alliierten und assoziierten Staaten bis 1. September verlängert. Acht Tage nach der letzten Ratifikation werden die alliierten Truppen diejenigen deutschen Gebiete besetzen, in denen Volksabstimmungen über die staatliche Zugehörigkeit entscheiden sollen.

●

Arbeitskräfte für den Aufbau Frankreichs

Von zuständiger Seite wird, wie das Wolff-Bureau meldet, mitgeteilt: Die Verhandlungen in Versailles sind bis jetzt seitens der Alliierten in durchaus konziliantem Tone geführt worden. Sachlich bestehen die Alliierten auf der strikten Durchführung des Friedensvertrages, insbesondere auf der Ueberweisung deutscher Arbeiter. Sie wollen Gruppen von 500 bis 1000 in Baracken unterbringen. Die französischen Unterhändler sagen, sie kennen die Schwierigkeiten, aber die deutsche Regierung müsse das deutsche Volk unbedingt zur Arbeit anhalten. Nötigenfalls müsse Deutschland der Arbeiterschwierigkeiten durch staatlichen Zwang Herr werden. Sie fordern ferner besonders dringend Tiere, Farbstoffe, pharmazeutische Apparate und Kohle.

●

Regelung des Brückenkopf-Verkehrs

Das Wolff-Bureau meldet: Nach eingehenden Besprechungen mit amtlichen beteiligten Ressorts wird in den nächsten Tagen in Köln eine Zusammenkunft aller Brückenkopfoffiziere und in Frage kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete herbeizuführen. An den Besprechungen werden Vertreter aller zuständigen Behörden teilnehmen. Als Vertreter des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsministers Erzberger, ist von Weimar zu den Besprechungen der Referent für Paßangelegenheiten der deutschen Waffenstillstandskommission, Dr. Weiß, entsandt worden.

Zur Linderung der Not in Paris

+ Rotterdam, 16. Juli. (Priv.-Tel.) Der französische Ministerrat hat gestern zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung folgende Beschlüsse gefaßt: 1. die Anzahl der von der Regierung in Paris eröffneten Läden soll verdoppelt werden; 2. die Regierung richtet billige Restaurants mit festgesetzten Preisen ein; 3. die Heeresvorräte sollen sofort der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden; 4. es wird eine besondere Polizei gegen Wucher eingestellt, die Strafen für Wucher jeder Art sollen besonders hart sein; 5. der Abgeordnete Roy wird zum Kommissar ernannt, um diese Maßregeln zur Ausführung zu bringen.

Rapides Sinken der Preise in — Frankfurt

w. Frankfurt a. M., 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die französische militärische Verwaltung des Kreises Höchst erlaubte gestern, daß Lebensmittel auf der Landstraße von Höchst nach Frankfurt befördert werden dürfen. Infolgedessen erfuhren die Lebensmittelpreise eine rapide Senkung. Kaffee ist mit 10 M. das Pfund, Kakao mit 12 M., Schmalz mit 9 M., Speck mit 7 und amerikanische Schokolade mit 15 M. zu haben. Butter wird bereits im freien Handel mit 16 M. verkauft. Die Franzosen lehnen aber jede Erleichterung im Personenverkehr ab, da sie die bolschewistische Propaganda befürchten.

In der hessischen Volkskammer gab der Ministerpräsident Ulrich bekannt, daß General Mangin ihm mitgeteilt habe, daß er die anläßlich des Streiks zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilten Eisenbahner begnadigt habe.

Aus den Steuerausschüssen

G. Weimar, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Entwurfes einer außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919 gab ein Regierungsvertreter zunächst eine Uebersicht über die Wirkung der einzelnen Vorschläge und Anträge, die von den Parteien gemacht worden waren. Entgegen dem bisher üblichen Satze, zuerst die fiskalischen Interessen stärker zu betonen, führte der Abgeordnete Rießer aus, es sei Pflicht, dem Finanzminister klar zu machen, daß es zuerst darauf ankomme, die Wirtschaft zu schonen, um sie von den Kriegsschäden zu heilen und wieder lebensfähig zu machen. Es liege keine Veranlassung vor, zu so hohen Sätzen überzugehen, wie sie teilweise in den Anträgen gefordert werden. Der Abgeordnete Dernburg (Dem.) bezeichnete es als ein Novum, daß die Regierung den eigenen Entwurf mit zwei neuen weitergehenden begleite. Auch fiskalisch betrachtet müsse eine Steuer doch immer noch eine Steuer bleiben, also eine Nation in sich tragen. Ein Antrag Dernburg will grundsätzlich die hohen Mehreinkommen stärker erfassen und dafür die mittleren Schichten schonen. Der Antrag Dernburg wurde dann zugunsten eines neueingebrachten Antrages des Zentrums zurückgezogen, der im wesentlichen auf der Regierungsvorlage beruht und die höchsten Mehreinkommensschichten schärfer erfassen will. Die Abstimmung ergab die Annahme dieses Antrages, der eine Staffelung der Sätze für die Kriegsabgabe von 5 bis 70 Prozent unter stärkerer Erfassung der Mehreinkommen vorsieht.

Bei der Frage der Besteuerung der Gesellschaften wurde eine Reihe von Anträgen zunächst zurückgestellt, die in der zweiten Lesung behandelt werden sollen. Ein Antrag Rießer der Deutschen Volkspartei will hier die im § 27 vorgesehene Abgabenfreiheit für allgemeine gemeinnützige Zwecke bei den Gesellschaften auch auf einzelne Personen ausgedehnt sehen. Der Abgeordnete Schiffer der Demokratischen Partei wendet sich gegen den § 27, weil es eine unbillige Härte sei, nachträglich die Gesellschaften für geleistete Wohlfahrt zu besteuern. Dagegen würde eine Ausdehnung im Sinne des Antrages Rießer die Struktur des Gesetzentwurfes doch ändern. Der Antrag Rießer wurde dann abgelehnt. Die in § 32 des Gesetzes vorgesehene Zahlung der Steuern im Verlaufe eines Monats soll durch eine größere Stundung hinausgeschoben werden. Abgeordneter Rießer trat im Gegensatz zu dem Zentrum und der Regierung wenigstens für eine Stundung bei den Privatpersonen ein. Die Beratungen wurden darauf auf Mittwoch vertagt.

Im zwölften Ausschuß, dem die Beratung der indirekten Steuern zugewiesen ist, legte die Regierung zunächst eine Berechnung vor, wonach der bereits mitgeteilte sozialdemokratische Antrag auf Ermäßigung der Zigarettensteuer ein Einnahmeminus von 30,8 Millionen, der Zentrumsantrag ein Mehr von 10,5 Millionen ergeben würde. Reichsminister Erzberger bat dringend um Annahme des Zentrumsantrages. Jede Steuer müsse jetzt auf das höchste Maß der Leistungsfähigkeit gebracht werden, sonst könne der Bedarf nicht gedeckt werden. Die Zigarette könne die Belastung tragen. Nach einer längeren Debatte gelangte der Zentrumsantrag dann auch einstimmig zur Annahme. Er stimmt mit der Regierungsvorlage überein und endet bei einem Preis von 30 Pf. mit einem Steuersatze von 140 M. für 1000 Stück. Darüber hinaus fügt er noch neue Steuerstufen hinzu, für Zigaretten zu 40 Pf. mit 200 M., für 50 Pf. mit 250 M. usw. Der Ausschuß prüfte sodann nochmals die Frage, ob nach dem Regierungsvorschlage die Banderolensteuer für Zigarren eingeführt oder ein neuer Entwurf ausgearbeitet werden soll. Ein Antrag der Demokratischen Partei auf Ablehnung der Banderolensteuer wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen Partei und des Zentrumsmitgliedes Hofmann abgelehnt. Die Weiterberatung wurde darauf auf Mittwoch vertagt.

Die Grundwechselsteuerkommission tagte am Dienstag bis in die Nachtstunden hinein und erledigte einen großen Teil der Grundwechselsteuervorlage, teils durch Annahme in der Fassung der Regierungsvorlage, teils in durch Anträge abgeänderter Form. Die Beratungen wurden dann ebenfalls auf Mittwoch vertagt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190717/1